

Privatisierung kommunaler Krankenhäuser



Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze

Der Präsident der Sächsischen Landesärztekammer hat einen Brief zur „Privatisierung kommunaler Krankenhäuser“ an den Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Herrn Ingolf Roßberg, an den Regierungspräsidenten des Regierungspräsidiums Dresden, Herrn Dr. Henry Hasenpflug, und an die Sächsische Staatsministerin, Frau Helma Orosz, gesandt,

den wir den sächsischen Ärzten hiermit zur Kenntnis geben:

Erneut konfrontiert mit Zeitungsmeldungen über anstehende Privatisierungen der Dresdner kommunalen Krankenhäuser (Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt) möchten wir mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren.

Der Wettbewerbsdruck im stationären Sektor hat die Zahl der privaten Träger deutschlandweit rasant wachsen lassen. Die Sächsische Landesärztekammer und Herr Staatsminister Dr. Geisler haben bis zu seinem Ausscheiden aus der Staatsregierung in völliger Übereinstimmung bis zum Jahr 2000 eine Privatisierung der beiden städtischen Klinika missbilligt, obwohl schon in den 90er Jahren immer wieder einzelne Parteien im Stadtrat dafür plädierten.

In Zeiten chronischen Geldmangels der öffentlichen Hand werden leider die Risiken einer solchen Unternehmung vernachlässigt. Kaum jemand fragt danach, was einen privaten Unternehmer dazu bewegen soll, die Lehre und Weiterbildung an diesen Einrichtungen zu fördern. Niemand wird ernsthaft behaupten wollen, unter der Regie privater Klinikkonzerne werde die für das Gesundheitswesen insgesamt so wichtige Weiterbildung zum Facharzt ohne Abstriche gewähr-

leistet sein. Schon jetzt gibt es nur sehr begrenzte Weiterbildungsstellen für unseren ärztlichen Nachwuchs. Der Ärztemangel ist Ihnen bekannt. Auch Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sind verpflichtet, das Wirtschaftlichkeitsgebot zu beachten. Sie sind aber nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, wie es in der täglichen Praxis von privaten Klinikkonzernen leider üblich ist. Man nimmt zur Not auch dafür den Abbau von Personal in Kauf. Der Staat und die Kommunen haben den Sicherstellungsauftrag für den stationären Sektor. Sie müssen auch die Verantwortung für Einschränkungen des flächendeckenden Leistungsangebotes übernehmen, die ganz ohne Zweifel mit einer fortschreitenden Privatisierung einhergehen. Die Ärzteschaft wird es nicht länger hinnehmen, als Überbringer schlechter Botschaften an die Patienten missbraucht zu werden. Wir bitten Sie, dem Trend entgegen zu wirken, immer wieder von Privatisierungsabsichten unserer effizienten kommunalen Krankenhäuser Diskussionen aufkommen zu lassen, die sowohl Patienten als auch Personal in höchstem Maße verunsichern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze
Präsident